

Seit zwei Jahren beherrscht das Nulldefizit wie kein anderes Thema die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich. Unser Land befindet sich dabei in Europa in guter Gesellschaft. Im Unterschied zu den Ankurbelungsmaßnahmen der USA beschränkt sich die EU-Diskussion auf das Absenden oder Nichtabsenden „blauer Briefe“. Das alles ist vor dem Hintergrund einer fehlenden akkordierten EU-weiten Konjunkturpolitik bedrohlich. Die Staaten der EU blicken gebannt auf die Vereinigten Staaten und registrieren mit Wohlwollen die Anstrengungen der republikanischen Regierung und der Federal Reserve die festgefahrene Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Erstmals befinden sich alle drei großen Weltwirtschaftsräume (USA, Japan, Europa) gleichzeitig in einer Talsohle. Die europäische Politik bleibt ihren Märkten eine Antwort schuldig. Dabei hat man noch vor kurzem die Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion damit begründet, dass damit ein Markt von der Größenordnung des amerikanischen entstehen werde. Nun kann man mit der gewonnenen wirtschaftlichen Unabhängigkeit nicht umgehen und muss auf das Wirken der automatischen Stabilisatoren hoffen.

Der Tiefstand der wirtschaftspolitischen Diskussion scheint aber im österreichischen Parlament mit der Forderung nach dem Abtausch EU-Erweiterung gegen eine Steuerreform in Österreich erreicht worden zu sein. Eine Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote ist in weite Ferne gerückt – gerade darum versucht man am Nulldefizit festzuhalten, um wenigstens auf diesem Weg einen weiteren Verzicht auf eine innovative Wirtschaftspolitik zu begründen. Schulden und Abgänge werden aus dem Budget ausgelagert, aber man gaukelt dem Staatsbürger mit „mehr privat und weniger Staat“ einen eisernen Sparkurs vor, der in Wirklichkeit nur wirtschafts- und verteilungspolitische Handlungsunfähigkeit bedeutet.